

Wanngebühren
Die Nachrichten von Nachrichten
für die nächste Nummer erfolgt in der
Redaktion...

Dresdner Nachrichten

Julius Bentler, Dresden, Wallstr. 15
empfehlen in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus- u. Kichen- und
Landwirtschafts-Geräthe.

Goodyear-
Schuhfabrik
Dorndorf
Wilsdrufferstr. 7.
Fabrikat
ersten Ranges.

Meissner Smyrna-Teppich-Fabrik
- F. Louis Bellich -
Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate. - Handarbeit.
Versandhaus für Material zur Selbstherstellung von Klinkerarbeiten
nach altbewährten Methoden als Handarbeit für Damen.

Rohtabak-Handlung
Pietzsch & Berndt
Dresden-A., Terrassengasse 12
empfehlen alle Sorten in- u. ausländischer Blätter-Tabake zur Cigarettenfabrikation.

Bay-Rum elegantes Kopfwaschmittel
China-Haarwasser Flasche 2 Mk. und 1,25 Mk.
Ratanhiamundwasser gegen Haarausfall
K. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.
Versandt nach auswärt.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1-3 (Hofgebäude).

Nr. 124. Spiegel: Zur Lage in Italien. Hofnachrichten, Befehung des Geh. Rath Hoffmann. Militärische Plauderei, Wuthwohl-Witterung: Freitag, 5. Mai 1899.

Für die Bade- u. Reisezeit.

Die geehrten Leser der „Dresdner Nachrichten“, welche unser Blatt durch die hiesige Geschäftsstelle bezogen und dessen Nachsendung nach den Sommer-Aufenthaltsorten wünschen, wollen der unterzeichneten Geschäftsstelle rechtzeitig darüber Mitteilung zugehen lassen bezugs Ueberweisung bezug. Zustellung durch die Kaiserliche Post. Dem Ueberweisungsantrage ist deutliche Namens-, Orts- und Wohnungsangabe beizufügen, auch ist die erforderliche Ueberweisungsgebühr (im 1. Monat 20 Pf., im 2. Monat 40 Pf. und im 3. Monat 20 Pf.) nebst etwa noch zu entrichtender Bezugsgebühr vor der Abreise an uns einzuschicken. Die Ueberweisungen verbleiben für nur vorläufiger: für Zustellung der Zeitung bis in die Wohnung ist eine besondere Gebühr an die Post am Bestimmungsorte zu zahlen.
Die werthen Leser, welche die „Dresdner Nachrichten“ durch die Post empfangen, wollen dagegen sich in gleicher Angelegenheit nur an das Postamt ihres Wohnortes wenden, bei welchem ihre laufende Bestellung erfolgt ist. Ueberweisungen innerhalb des deutschen Reichsgebietes werden seitens der Postämter gegen eine Gebühr von 20 Pf. im Verkehr mit Oesterreich und fremden Ländern gegen eine solche von 1 Mark ausgeführt.
Für diejenigen, welche die „Dresdner Nachrichten“ täglich auf Reisen zu lesen wünschen, aber ihren Aufenthaltsort häufig wechseln, sind besondere Reise-Kreuzbandendungen eingerichtet. Die geehrten Reisenden erhalten die „Dresdner Nachrichten“ für 8 Pfennige täglich

nach jedem Orte im Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn unter Kreuzband (bis zu 100 Grammen) nachgeschickt, wenn vor der Abreise die Bestellung unter Angabe der nöthigen Aufschriften bei unterzeichneter Geschäftsstelle erfolgt. Nach dem Ändern des Bestpostvereins kostet die gleiche tägliche Bestellung 13 Pfennige.
Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“
Marienstraße 38.

Politisches.

Das italienische Kabinet Bellow hat das Zeitliche gesegnet, aber Wahrscheinlichkeit nach aber nicht endgültig. Der König hat sich vielmehr beeilt, den eben erst verlassenen Ministerpräsidenten gleich wieder mit der Neubildung der Regierung zu beauftragen, in richtiger Würdigung des Umstandes, daß der General Bellow zur Zeit als der einzige Mann des Königreichs erscheint, der mit der Einsicht in das, was dem Lande noth thut, eine hinreichende Energie zur Bethätigung des staatlichen Herrschaftswillens verbindet. Crispi als Chef der Regierung wäre allerdings zweifelsohne die bevorzugteste Partie, indessen dürfte der Rektor der italienischen Staatsmänner wohl kaum noch im Stande sein, die Würde eines so schweren Amtes zu tragen. Es wird daher aller Voraussicht nach auch für künftige Fälle die politische Rechnung mit dem Namen Crispi nicht mehr verknüpft werden.
Für gewöhnlich kann man auf die Frage nach den Beweggründen einer italienischen Kabinetkrise die stereotype Antwort bereit halten: „Die Gründe sind die üblichen“, d. h. die nächstfolgende Gruppe beauftragter Parlamentarier neidet der vorhergehenden die nach ihrer Meinung bereits zu lange Dauer der Regierungsbefristung und glaubt die Zeit für die Bekräftigung des eigenen Nachlassens gekommen. Dieses Mal liegt aber die Sache etwas anders insofern, als die Gründe für den Sturz des Kabinetts Bellow nicht, wie sonst, an den Haaren herbeigezogen, sondern mit einer gewissen sachlichen Ueberzeugungskraft ausgestattet sind. Es sind im Wesentlichen zwei Klippen, an denen die Regierungskrise des Herrn Bellow gescheitert ist: einmal die thatsächlich ganz ungenügende Inständigkeit der auswärtigen Politik durch den zuständigen Minister Canovaro und zum Andern der von dem Marineminister Volunio geplante Ankauf eines englischen Kreuzers für die italienische Flotte.

Das Verhalten des Herrn Canovaro bei seiner Redenschafter-ablegung vor der Kammer war das Muster eines Ministers des Auswärtigen, wie er nicht sein soll. Herr Canovaro konnte absolut keinen Standpunkt finden und verhedderte sich schließlich demassen, daß fortwährende Ausbrüche von homerischem Gelächter des Hauses seine langen Ausführungen begleiteten und Herr Bellow endlich gezwungen war, unter allgemeiner Heiterkeit die Vertagung zu erbiten, um nur der peinlichen Lage ein Ende zu machen. Um eine traurige Sache in der Auffassung der Hörer einigermaßen gerade erscheinen zu lassen, dazu gehört schon ein hervorragendes Maß von Dialektik, das dem italienischen Minister des Auswärtigen Herrn Canovaro aber nicht eigen ist. So versuchte er es denn auch vergeblich, das ostasiatische Abenteuer den Deputirten mundgerecht zu machen. Zuerst vor einigen Wochen die pompöse Ankündigung, daß Italien zur Rettung der Samudraia entschlossen sei, daß die Großmächte selbst hinter dem Plane ständen und daß die Zustimmung Chinas bündensicher sei; demnach die kalte Douch der unbefriedigten Zurückweisung der italienischen Note durch die chinesische Regierung und im gegenwärtigen Augenblick noch immer dieselbe Situation des besorgenen Unbehagens für die italienische Regierung: das trat mit so unerbittlicher Regelmäßigkeit in die Erscheinung, daß Herr Canovaro bei der ängstlichen Suche nach einem Rettungsanker auf den unglücklichsten aller Gedanken verfiel, auf den es kommen konnte, indem er die Schuld auf seinen Amtsvorgänger abwälzen wollte. Dadurch brachte er sich vollends um den letzten schwachen Rest von

moralem Kredit, der ihm vielleicht noch bei der Kammer verblieben war. Ebenso unthunlich war das Nichtsein, das Herr Canovaro zur Rechtfertigung seiner asiatischen Politik vor der Kammer aufzurichten versuchte. Die bedingungslose Preisgabe des für Italien ungemein wichtigen triestischen Hinterlandes zu Gunsten der englisch-französischen Ansprüche vermochte der Minister durch seine verheißenden und beschönigenden Wendungen in ihrer nackten thatsächlichen Wirkung abzuwachen. Herr Canovaro hatte mit einem Worte einen beispiellos schlechten parlamentarischen Tag, so daß zuletzt nur noch das Hohngelächter des Hauses seine verlorene Lebensmithe evidenzte.

Ueber die Marineverhältnisse hatte sich der Sturm der Unzufriedenheit schon einige Tage früher ausgetobt, und zwar bei einer Interpellation über den geplanten Ankauf eines englischen Kreuzers. Der Marineminister Volunio begründete den Ankauf (12 Millionen) durch den Hinweis auf die vorhandenen Lücken in der Ausrüstung der Flotte, die eine sofortige Vermehrung des Schiffsbestandes unumgänglich machten. Darauf belam er aber allerlei unangenehme Dinge zu hören. Er mußte sich sagen lassen, daß es doch ein recht eigentümliches Verfahren sei, wenn eine Regierung im Herbst zwei neue eigene Kreuzer an einen fremden Staat (Argentinien) veräußere und im Frühling des folgenden Jahres wiederum ein neues Schiff desselben Typus vom Auslande beziehe. Der Marineminister hatte diesen Angriffen gegenüber einen um so schwächeren Stand, als er nicht in der Lage war, dem Hause reinen Wein einzuschenken. In Wahrheit liefern nämlich die italienischen Schiffswerke vielfach minderwerthige Bauten; das wirklich gute Schiffsmaterial der italienischen Flotte stammt aus deutschen oder englischen Werften. Italien besitzt fünf Arsenale, das ist genau dieselbe Anzahl, aber die England verliert. Es soll dort aber eine jeder Beziehung hervorragende Anordnung herrschen, die darauf zurückgeführt wird, daß die Marineverwaltung im Laufe der Zeit eine allgemeine Verfallungsanstalt für die politischen Vorgänger der Ministerien geworden sei. Bezeichnend für den Mangel an pflichtmäßiger Sorgfalt innerhalb der leitenden Kreise der Marineverwaltung ist u. A. die von dem Marineminister selbst ausgegebene Thatsache, daß von den vorhandenen 13 Panzerkreuzern 1. Klasse, die weniger als 20 Jahre alt sind, 4 bereits unbrauchbar geworden sind, ohne daß man sich um Ersatzbauten gekümmert hätte. Dabei werden aber alljährlich bedeutende Summen in das Budget für Marinezwecke eingestellt, von denen man sich vergeblich fragt, welchen Erfordernissen sie dienen und wohin sie gehen. Bezeichnend ist es also auch hier, daß den Deputirten die Galle überläuft, wenn schon ununterbrochen bleiben mag, ob der eifrigeren Enttarnung oder dem parteipolitischen Eigennutz der wäckeren Antheil an der oppositionellen Haltung der Kammermehrheit zuzuschreiben ist.

Wenn dem General Bellow die Neubildung des Kabinetts gelangt, so wird er sich gleich wieder vor eine parlamentarische Neuerung gestellt sehen, die das Gebiet der inneren Politik betreffen wird. Es stehen nämlich zur zweiten Lesung die neuen Gesetzesentwürfe, die eine organische Reform der inneren Verhältnisse des Landes in der Richtung einer energischen Geltendmachung der Staatsautorität bezwecken und die als Vorläufer des Bellow'schen Regimes anzusehen sind. Die Entwurfe beziehen sich auf das Vereinswesen, auf Versammlungen im Freien, auf die Presse, den öffentlichen Sicherheitsdienst und Aufstände in öffentlichen Betrieben, sowie auf die Behandlung rückfälliger politischer Verbrecher und die eventuelle Aemendierung der Militärstrafgesetze auf Reichswillen, die bei der Eisenbahn, Post und Telegraphie angefertigt sind. Die Durchbringung der bezeichneten Gesetzesentwürfe wird nicht nur die feste Hand des Ministerpräsidenten selbst erfordern, sondern auch einen geeigneten parlamentarischen Rückhalt für ihn nöthig machen. Es wird vielfach geglaubt, daß General Bellow versuchen werde, sich diesen Rückhalt durch Neuwahlen zu verschaffen, die auf der Grundlage eines engen Bündnisses mit Sonnino, dem berufenen Jünger Crispi's, vorzunehmen wären.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. Mai.

Berlin. Die Stadtverordneten lehnten mit 71 gegen 29 Stimmen den Antrag Kreisling und Genossen, betreffend eine an den Minister des Innern zu beschließende Eingabe wegen der noch nicht erfolgten Bekräftigung der Wahl des Oberbürgermeisters, ab. A u k l a n d. Aus Asien vom 27. April wird gemeldet, daß Mataala den von dem britischen und dem amerikanischen Flottenkommandanten in Erwartung der Ankunft der Kommission angebotenen Wasserstillstand angenommen und sich hinter die vereinsbarte Linie zurückgezogen hat.

Berlin. Reichstag. Der Präsident widmet den jüngst verstorbenen Abgeordneten Rath und Franziskus einen Nachruf. Das Haus erhebt sich zu Ehren der Verstorbenen. - Die Vertagung der Anträge Lieber-Hilke betr. Arbeitskammern und Sachverständigen-Anträge von Reich und Koeide wird fortgesetzt. - Abg. Bebel (soz.) wendet sich gegen die Ausführungen der Herren v. Stumm und v. Kardorff. Die Remonstrations dieser kaiserlichen Ränge seien kaum noch ernst zu nehmen. Präsident Graf Ballestrem: Herr Abg. Bebel, die Bezeichnung „kaiserliche Ränge“ in Bezug auf Mitglieder des Hauses ist doch wohl nicht parlamentarisch zulässig. Heiterkeit.) Redner bezeichnet es als Illusion, daß die Arbeiter mit den Mitteln, wie sie hier vorgelegten wurden, der Sozialdemokratie abwendig gemacht werden könnten. Auch sei es eine ganz falsche Behauptung Krupatschek's, daß die Sozialdemokratie weiter nichts thue und bejewege, als die Arbeiter unzufrieden zu machen. Daß die Arbeiter die ganze soziale Arbeiterfrage und Versicherungs-Frage mit der Sozialdemokratie zu verhandeln hätten, habe gelegentlich Bismarck selber anerkannt. - Abg. Hilbert (nl.) äußert sich gegen die vorgelegten Anträge mit dem Hinweis (nl.) er und der ihm gleichgesinnte Theil seiner Partei habe ein ebenso warmes Herz für die Arbeiter wie die Freunde dieser Anträge. Wege man während die kritische Stunde des Arbeitgebers an diese Anträge, so sehe man, daß diese den Arbeitern nichts nützen, sondern nur der Sozialdemokratie förderlich seien. Er

wolle nicht diesen Bettel um die Günst der Massen mitmachen. Ein Einigungsüberhandlungszwang vor dem Gemeinrecht sei ganz unangebracht. Wer arbeiten wolle, für den gebe es ganz sicher Arbeit, und kein Zwang wolle gegenüber dem, der nicht arbeiten wolle. - Abg. Koeide's Debatte (Nationalist.) vermahnt sich gegen v. Kardorff's Vorschlag der Popularitätshocherei. Bei wem soll ich mich denn populär machen? Entweder bei den Sozialdemokraten? Diese rechnen mich ganz so wie Herrn v. Kardorff zu der reaktionären Klasse. Wie sollen wir aber zu einem guten Verhältnis mit den Arbeitern kommen, wenn wir es ihnen nicht klar zu machen vermögen, daß wir nicht ihre Gegner, sondern ihre Freunde sind. Herr v. Stumm will Vorkund seiner Arbeiter sein, er gönnt ihnen nicht einmal das Koalitionsrecht. v. Kardorff wolle den Sozialdemokraten auf 5 Jahre das Wahlrecht nehmen; was würden v. Kardorff und v. Stumm denken, wenn man ihnen das Wahlrecht entziehen wolle. - Abg. Frick, Herr v. Herrnsheim (nl.) bemerkt zunächst, daß der Abg. Büsing gestern nicht im Namen des größten Theils der Nationalliberalen gesprochen habe. Redner verteidigt Johann seinen Antrag gegen den Vorkund, daß er von den früheren sozialdemokratischen Anträgen abgeschrieben sei. Auf dem Wege der Stärkung des Bündnisses der Unternehmer gegenüber den Arbeitern sei ihm Ansicht vorhanden zu einer geistigen Ueberwindung der Sozialdemokratie. Stumm und dessen Partei sollten nicht glauben, daß er und seine Freunde sich von ihm einschüchtern lassen würden. (Beifall.) Im Kampfe gegenüber der Sozialdemokratie habe nichts mehr geschadet, als das ewige Gerede und Drohen mit der Justizausvorlage; er lehne dieselbe rundweg ab. Wie könne man u. A. schon das Streikpotenzial bestrafen wollen? - Abg. v. Kardorff (Nationalist.) wendet sich zunächst gegen den Abg. Stöcker, der ihm die Kenntniz der einschlägigen Verhältnisse abgefragt habe. Was soll ein solcher Ton, wie ihn Herr Stöcker gegen mich angeschlagen hat? Was würde Herr Stöcker, der doch gar keine Partei mehr hinter sich hat, dazu sagen, wenn ich ihm vorhalten wolle, daß ich doch nachgerade keine Partei wohl mehr über den Berg traug? Redner widerpricht der Behauptung, daß das Anwohnen der Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz verhindert sei. Wäre die Regierung etwa die Vorlage zum Schutze der Arbeitwilligen nicht einbringen, weil sie vielleicht doch nicht durchgehen, so sei das ein Abweichen von der Bismarck'schen Praxis. Bismarck habe stets gesagt: Ich will vom Reichstage wenigstens eine Duzittung haben. Auf dem Wege der sozialpolitischen Gesetzgebung könne mit Erfolg nur vorgegangen werden, wenn nicht Alles, was auf diesem Gebiete geschehe, der Sozialdemokratie zu Gute komme. - Abg. Wolle (soz.): Wenn die Regierung der Verhörung der Jugend mehr entgegen treten wolle, wie die Herren v. Stumm und v. Kardorff es für nöthig halten, so müßte sie vor Allem mehr für die Schulbildung thun. (Zustimmung links.) Herr v. Kardorff verlange wieder ein Sozialistengesetz, aber Bismarck habe sich befaßt mit nichts mehr blamirt, als gerade mit seinem Sozialistengesetz. - Abg. Stöcker bezeichnet das Benehmen v. Kardorff's als etwas anmaßend. Er selbst habe sich gestern, nachdem er Jahre lang von der Freie der Kardorff'schen Partei angegriffen worden sei, nur bescheiden auf Abwehr und Wahrheit. Auch die Bellux-Perestroika sei von den Freunden Kardorff's nur getört worden durch ein Uebermaß volksverderblicher Aereith. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Es sei noch nichts geschehen, um das Anwohnen der Sozialdemokratie zu verhindern. Die Versicherungsgesetze seien zwar zu loben, aber mit den Arbeiterfrage, sogar mit der Sonntagsruhe habe man zu lange gezögert. Man hätte vor Allem schon viel früher die Arbeiter organisiren müssen. Es gebe nur einen Weg der Abhilfe, noch recht mühen voll selbst die Arbeiter organisiren und ihnen zurufen: Kommt zu uns! - Damit schließt die Debatte. Nach einem Schlusswort des Abg. Büsing werden sämtliche Anträge an eine Kommission verwiesen. Darauf erfolgt Vertagung. Morgen: Gebührentarif des Kaiser-Wilhelm-Kanals, Klagenrecht der Kaufmännische, Wahlprüfungen und Petitionen.

Berlin. Die Kommission des Reichstages nahm trotz der gestern erfolgten Annahme des § 1 der Fernsprechgebührenordnung heute die Diskussion über diesen wieder auf und zwar in Verbindung mit den §§ 2 bis 6 der Vorlage. Die Erörterungen gestalteten sich zu einer Generaldebatte, in welcher den meisten Widerspruch § 4 fand, der neben der Grundgebühr eine Hausgebühr für die Zahl der Gesprächsverbindungen fordert und zwar angelehnt an die technischen Unmöglichkeit, diese Gebühr automatisch wirthlich zu zahlen nach dem Durchschnit der in einem Nepe geführten Gespräche. Von den verschiedenen Seiten wurde dieses Prinzip angefochten. Schließlich wurden folgende drei Anträge gestellt: Ein Antrag Dr. Dettel (Sachsen) geht dahin, daß die Grundgebühr neben der Gesprächsgebühr in Nezen von nicht über 50 Teilnehmeranschlüssen 40 Mark, in Nezen von 50 bis 100 Anschlüssen 60 Mark betragen soll. Ein Antrag Dasbach vertritt die Kombination der Grundgebühr mit einer Gesprächsgebühr und schlägt Beibehaltung der bisherigen Einheitsgebühr vor, nur diese aber nach oben ab, jedoch an Stelle des gegenwärtigen Satzes von 150 Mark in Zukunft Sätze treten sollen, die zwischen 100 und 180 Mark schwanken. Ein Antrag Dr. Hoffe wünscht diese Sätze nach unten noch weiter abzusinken, indem er für die Neze von weniger als 50 Teilnehmern eine Einheitsgebühr von 80 Mark beantragt. Staatssekretär v. Bobbelski ließ darauf den Gedanken des § 4 der Vorlage, also der getrennten Gesprächsgebühr fallen, hielt aber die Anträge Dasbach, Hoffe für unannehmbar, vorbehaltlich der Ratifikation ihrer finanziellen Ergebnisse, die er bis morgen in Aussicht stellt. Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Berlin. Die Reichstagskommission für das Reichsstaatsgesetz betr. die Veranlagung der Einkommensteuer, deren Beschluß nicht ausschließlich zur Verwendung in eigenen Haushalte bestimmt ist, auch auf Erbschaften zu erstrecken. Aus dem Centrum wurde lebhafter Einspruch gegen die Einführung der obligatorischen Erbschaftsteuer für ganz Deutschland erhoben, während man von anderer Seite die Erbschaftsteuer auch auf die Haushaltungen ausgedehnt wissen wollte. Regierungssichtig wurde eine große Gefahr der Hauserschlägungen in Abrede gestellt, aber sonst die obligatorische Erbschaftsteuer für durchaus erforderlich erklärt. Schließlich wurde mit 11 gegen 7 Stimmen ein Antrag Warbe angenommen, wonach den Landesregierungen die Einführung der obligatorischen Erbschaftsteuer anheim gestellt wird. - Die Reichstagskommission betr. die Generaldebatte behandelte heute Vorantrag 137a, demzufolge in den Anordnungen des Bundesrats nähere Bestimmungen über die Hausarbeit in der Kleider- und

Triumph-Seife